

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Errichtung der Botschaften in Bonn und Peking

Am 1. Dezember haben die bundesdeutsche Botschaft in Peking und die chinesische Botschaft in Bonn offiziell ihre Arbeit aufgenommen. Beide Missionen haben jedoch im Augenblick noch keinen "festen Platz" für ihre Arbeit. Die deutschen Diplomaten, die am 10. November zunächst als "Aufbaustab" der Botschaft in der chinesischen Hauptstadt ankamen, befinden sich vorläufig noch in einem Hotel, das die chinesische Regierung gewöhnlich für Delegationen der chinesischen Volksminderheiten reserviert hat. Der Startplatz der chinesischen Botschaft liegt in einem Hotel in Mehm. Hans-Alfred Steger, 46, der vor der Eröffnung der Botschaft schon als Leiter des "Aufbaustabes" fungierte, wurde zum deutschen Geschäftsträger ernannt. Seine Mitarbeiter sind: Karl Steinberg, Hertha Cramer, Hansgerhard Baumann, Otto Bradje und Susanne Baetke. Die Bonner Personalplanung sieht eine Endstufe von 40-60 Botschaftsangehörigen vor. Auf chinesischer Seite wurde Wang Shu, 48, zum Geschäftsträger ernannt. Wang, der bis vor kurzem langjähriger Korrespondent von "Hsinhua" in der Bundesrepublik war und die chinesische Delegation bei den Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bonn geleitet hatte, kehrte Ende November nach Bonn zurück. Wangs Botschaft besteht vorläufig aus acht weiteren Personen (FAZ 1.12.72).

(2) Handelsabkommen im Dezember erwartet

Sowohl Bonn als auch Peking zeigen sich bereit, möglichst bald einen Handelsvertrag unter Dach und Fach zu bringen. Nach FAZ (29.11.72) hat China eine deutsche Delegation zu Gesprächen nach Peking eingeladen. Sonderbotschafter Hermes vom Auswärtigen Amt soll auf deutscher Seite die Verhandlungen leiten. Da ab 1. Januar 1973 die Zuständigkeit für den Abschluß von Handelsverträgen aller EWG-Länder mit anderen Staaten an Brüssel übergeht, muß ein bilateraler Handelsvertrag zwischen Bonn und Peking noch in diesem Jahr unterzeichnet werden.

(3) Gerd Ruge wird in Peking "Die Welt" vertreten

Gerd Ruge, 44, Chefkorrespondent der ARD in Bonn, wird sich nach einer Meldung der "Welt" (21.11.) in Zukunft als deren Korrespondent in Peking akkreditieren lassen. Ruge war zuvor lange Jahre hindurch Korrespondent des Deutschen Fernsehens in Moskau (1956-1959) und Washington (1964-1969) gewesen. Im Sommer ds. Js. hatte er den CDU-Politiker Gerhard Schröder auf dessen Reise nach China begleitet. Laut "Spiegel" (27.11.) hatte sich der ARD-Starkorrespondent im August mit der TV-Programmdirektion wegen seines von 55 auf 45 Minuten gestutzten - China-Reports (Titel: "Zwischen Peking und Schanghai") überworfen. Seither wollte er "unbedingt eine Position in Peking" haben und hat nun das Angebot der "Welt" angenommen.

(4) Chou En-lai zum Grundvertrag

In einem Gespräch mit skandinavischen Journalisten äußerte sich Chou En-lai zum ersten Male zum Grundvertrag zwischen der BRD und der DDR. Es sei nicht

möglich, "dem deutschen Volk eines Tages die Verwirklichung seiner Wiedervereinigung zu verwehren". Vielleicht könne man sagen, daß durch den Grundvertrag "die Beziehungen der beiden deutschen Staaten um einen Schritt vorangekommen sind. Aber ich glaube, daß beide Seiten gewisse Einschränkungen gemacht haben" (FAZ 13.11.).

Westeuropa

FRANKREICH

(5) Chiao Kuan-hua bei Schumann

Am 17. November traf der chinesische Stellvertretende Außenminister und UNO-Chefdelegierte Chiao Kuan-hua in Paris ein, wo er von Außenminister Schumann empfangen wurde. Hauptgesprächsthemen sollen, wie verlautet, die Friedensaussichten für Vietnam kurz vor der neuen Runde der amerikanisch-nordvietnamesischen Geheimverhandlungen gewesen sein. Am 20. November reiste Chiao nachmittags mit einer Sondermaschine der Generalverwaltung der Zivilluftfahrt Chinas (CAAC) nach Peking weiter (NCNA 20.11.72).

GROSSBRITANNIEN

(6) Ergebnisse des Douglas-Home-Besuches

Im bilateralen Verhältnis sind intensive Kontakte vereinbart worden, von der Regierungsebene bis zur kulturellen und Sportbegegnung. Chinas Außenminister wird im nächsten Sommer nach London reisen, Außenhandelsminister Pai schon im Januar in Großbritannien Verhandlungen aufnehmen. Englands Handels- und Industrieminister Davis will im März eine britische Industrie- und Technologie-Ausstellung in Peking eröffnen. Der geplante Studentenaustausch scheint zunächst noch eingleisig auszufallen. Während eine "beträchtliche" Zahl von chinesischen Studenten nach England gehen wird, steht die Aufnahme von englischen Studenten in der Volksrepublik noch aus. Die britische Seite hat sich für drei seit der Kulturrevolution 1967 in Haft befindliche ehemalige Übersetzer der "Foreign Language Press" in Peking eingesetzt: David Crook, Elsie Epstein und Michael Shapiro. An der britischen Botschaft in Peking wird zusätzlich ein Militärattache und ein Wirtschaftsberater zugelassen. Auf einer Pressekonferenz nach dem Besuch sagte der britische Außenminister zur Hong Kong-Frage, die Zukunft der Kolonie sei unproblematisch und bei den Gesprächen in Peking überhaupt nicht diskutiert worden. Verhandlungen über eine Zugverbindung und Fluglinie zwischen der Kronkolonie und China würden geführt.

Aus dem positiven chinesischen Kommentar zu Großbritanniens Rolle in der EWG meinten Korrespondenten heraushören zu können, daß Peking England und nicht Frankreich die führende Rolle in der erweiterten Europäischen Gemeinschaft zugedacht habe. Einmal sei Großbritannien durch seine weltweiten Beziehungen zum Commonwealth und zur Dritten Welt dafür prädestiniert, zum anderen trete London im Gegensatz zu Paris am entschiedensten gegen Versuche der Sowjetunion auf, "mehr europäische Länder unter ihre Herrschaft zu bringen" (NCNA 1.11.).

Die Bemerkung von Außenminister Douglas-Home, bei der Detente mit Rußland und Osteuropa solle man von einer "Position der Stärke" aus verhandeln, ist von der "Prawda" entsprechend scharf attackiert worden (Radio Moskau 11.11. MD).

Über Vietnam wird Großbritannien mit Peking in Verbindung bleiben: London und Peking, so Douglas-Home, sind an der Teilnahme an einer internationalen Garantiekonferenz interessiert, nicht aber an der Ausübung einer praktischen Waffenstillstandskontrolle. Beide Seiten haben sich für die Neutralität aller drei indochinesischen Staaten eingesetzt.

Peking erwägt jetzt, Kredite für Großprojekte aufzunehmen, obwohl man weiterhin entschlossen ist, von aller Auslandshilfe unabhängig zu bleiben. Die Chinesen haben ihr Interesse an britischen Langstrecken-Düsenflugzeugen (VC-10) zum Ausdruck gebracht, die ihre Iljuschin-62-Maschinen ersetzen könnten. Verhandlungen über ein anglo-chinesisches Luftverkehrsabkommen sind im Gange; bisher haben nur Pakistan und Frankreich unter den nichtkommunistischen Ländern China angefliegen (vgl. C.a. September 72 S.12). Die britische Ausstellung in Peking vom 26.3. bis 7.4. im Pekinger Ausstellungszentrum will sich die Erfahrungen vorheriger Ausstellungen Dänemarks, Schwedens, Kanadas und Italiens zunutze machen. Es sollen sorgfältig nur solche Exponate ausgewählt werden, die in China Anklang finden können (Times 31.10.; 2., 3. und 5.11.).

ITALIEN

(7) Chinesisch als Wahlfach

Chinesisch ist an italienischen Schulen als neues Wahlfach eingeführt worden. Dies war in einem neuen Kulturabkommen zwischen Peking und Rom vereinbart worden.

LUXEMBURG

(8) Diplomatische Beziehungen zur VRCh aufgenommen

Als letztes der EWG-Länder hat nun auch Luxemburg diplomatische Beziehungen mit der VRCh aufgenommen, und zwar mit Wirkung vom 16. November 1972. Im Kommunique findet sich die "milde Formel" (dazu Näheres C.a. Oktober S.14): "Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg bekräftigt, daß sie die Regierung der VRCh als einzige rechtmäßige Regierung Chinas anerkennt".

Sowjetunion und Osteuropa

SOWJETUNION

(9) Grenzverhandlungen

Zu den Grenzverhandlungen Pekings mit Moskau erklärte Chou En-lai gegenüber skandinavischen Journalisten: "Die Sowjets haben jetzt eine Million Soldaten an der Grenze stationiert. Moskau betont, daß die Truppen keinem kriegerischen Zweck dienen. Dann müssen sie also aus verhandlungstaktischen Gründen aufmarschiert sein. Die Sowjets wollen, daß wir unter Druck verhandeln". Chou glaubt, eine "anomale Psychologie" bei den Sowjets entdecken zu können. Kossygin habe bei seinem Peking-Besuch im September 1969 die Existenz umstrittener Grenzgebiete zugegeben, nachdem man die Landkarten verglichen hatte. In manchen Gebieten sei niemals ein genauer Grenzverlauf festgesetzt worden, und überdies hätten die Sowjets stillschweigend zusätzlich solche Areale besetzt, die noch über die Gebietsgrenzen der seinerzeit mit den Zaren geschlossenen Verträge hinausgingen.

Offensichtlich aber hätten die Sowjets vergessen, was Kossygin damals eingeräumt habe. "Sie haben vielleicht Angst vor einer Kettenreaktion". Mit dieser Bemerkung zielte Chou En-lai offensichtlich auf Ost- und Nordosteuropa ab, die in einer Regelung an der chinesisch-sowjetischen Grenze einen Präzedenzfall sehen könnten.

China, so betonte Chou, habe als Verhandlungsbasis die ungerechten Verträge der Zarenzeit akzeptiert. Es räume den Sowjets auch ein, daß diese Verträge zu einer Zeit geschlossen wurden, als weder das sowjetische noch das chinesische Volk seine heutige Macht besaßen. China halte aber Begrädigungen oder Berichtigungen der nicht demarkierten oder mißachteten Grenze für unerlässlich. Deshalb werde weiter verhandelt. "Die Chinesen haben viel Geduld. Wir werden die Gespräche nicht abbrechen." (FAZ 13.11.).

Die Grenzverhandlungen in Peking (vgl. C.a. Mai 72, S.31; Juni S.2) werden freilich ohne jedes Ergebnis bleiben, wenn die Sowjetunion auf jenem Standpunkt beharrt, den drei bekannte sowjetische Historiker in der Ausgabe Nr.6/1972 der Moskauer Monatszeitschrift "Internationales Leben" vertreten haben. Dort werden nämlich jene Verträge, die den Russen im 19. Jahrhundert nicht weniger als 1,5 Mio. qkm eingebracht haben, als durchaus "gleiche Verträge" charakterisiert. Im 17. Jahrhundert hätten die russischen Siedler in Sibirien und auch an der Pazifikküste nichts anderes vorgefunden als "gottverlassene Taiga, wo kleine Stämme ohne staatliche Organisation ein Nomadenleben führten". Weder die Mandschus noch die Chinesen hätten dort irgendwelche Herrschaftsrechte ausgeübt. Die Russen waren daher Kolonisatoren im ursprünglichen Sinne, als sich Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts das Kräftegleichgewicht zugunsten Chinas veränderte, weil die Russen gezwungen wurden, in den Verträgen von Nertschinsk (1689) und Kiachta (1728) wieder Gebiete abzugeben. Nicht China, sondern Rußland sei damals durch ungleiche Verträge zur Aufgabe von Gebiet gezwungen worden. Erst im 19. Jahrhundert habe Rußland einen Teil jenes Gebietes, das die Mandschu-Dynastie im 17. und 18. Jahrhundert an sich gerissen hatte, ohne Gewaltanwendung wieder zurückerhalten. Das ist die Bedeutung der Verträge von Aigun (1858) und Peking (1860). Diese beiden Verträge seien also nichts anderes gewesen als Rückerstattungsakte. Warum sich Peking zu dieser Rückgabe entschlossen habe? Weil es angesichts des englisch-französischen Vordringens seine Flanke gegenüber Rußland durch großzügige Konzessionen habe absichern wollen! Von ungleichen Verträgen könne nicht die Rede sein! Moskau dreht also m.a.W. den Spieß um!

Die Sowjetunion habe folglich auch keinerlei Anlaß, Gebiete größeren Umfangs zurückzugeben. Es gehe lediglich um "Konsultationen mit dem Ziele, die Demarkation der Staatsgrenze in einzelnen Abschnitten zu klären".

Berichte, wie sie hier gegeben werden, sind vor allem an das westliche Ausland gerichtet. Die Sowjetunion selbst weiß, daß die Verträge von Aigun und Peking erst im Anschluß an den Opiumkrieg geschlossen wurden, als die damaligen Großmächte einschließlich des zaristischen Rußland zum Ausverkauf Chinas gekommen waren. Welch drastischer Methoden sich die Russen während des 19. Jahrhunderts gegenüber China bedienten, ist ausführlich von Horst Pommerening beschrieben worden ("Der chinesisch-sowjetische Grenzkonflikt", Olten 1968, S.125-149).

(10) Reaktivierung der China-Sowjetunion-Freundschaftsgesellschaft

Nach der Kulturrevolution war die China-Sowjetunion-Freundschaftsgesellschaft bislang nur einmal in Erscheinung getreten: anlässlich eines von ihr veranstalteten Filmempfanges zum 52. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6.11.1969.

Danach war diese Funktion von der übergeordneten Gesellschaft für Freundschaft mit dem Ausland wahrgenommen worden.

Im Berichtsmonat wurde die Gesellschaft seit 1969 erstmals wieder genannt (anlässlich des 55. Jahrestages der Oktoberrevolution). Bemerkenswert ist, daß jetzt zum ersten Mal chinesische Funktionäre der Gesellschaft genannt werden: Ting Hsüeh-sung (f), die auch Generalsekretär der Gesellschaft für Freundschaft mit dem Ausland und Funktionär der China-Afrika-Freundschaftsgesellschaft ist, und Chang Yang-wu.

Von diesem Tatbestand auf ein chinesisches Bemühen zur Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion zu schließen, ginge jedoch an den Realitäten vorbei. Die Reaktivierung der chinesischen Freundschaftsgesellschaften gehört seit September 1972 zum Bild der chinesischen Außenpolitik. Bezogen auf die Sowjetunion legt sie die Vermutung nahe, daß Peking der Freundschaftsgesellschaft jene Aufgaben übertragen wird, die als notwendiges Übel empfunden werden, die Verbindung zu einem Staat wahrzunehmen, zu dem es nun einmal diplomatische Beziehungen unterhält.

(11) Ausbau des chinesischen Raketenpotentials

Nach Berichten der New York Times, die sich auf die Auswertung von Aufnahmen mit Beobachtungssatelliten stützten, verfügt die VRCh inzwischen über mehrere strategische Raketen, die Moskau erreichen können. Diese eine Entfernung von 5500 km bewältigenden und mit 3 Mt-Atomsprenghäupten versehenen Mittelstreckenraketen treten zu den zwanzig Raketen mit einer Reichweite von etwa 1600 km (C.a. September 72 S.28). Für beide Raketentypen sowie weitere Mittelstreckenraketen mit einem Aktionsradius von 4000 km baut China gegenwärtig neue Abschussrampen (IHT 9.10.). Bis zur Fertigstellung der chinesischen Interkontinentalrakete mit einem Operationsradius von 10000 km werden von den US-Spezialisten noch knapp 3 Jahre veranschlagt. Korrespondenten, die Pekings unterirdisches Bunkersystem besichtigen konnten, berichten dazu, daß die Chinesen ein Frühwarnsystem eingerichtet haben, das der Bevölkerung mehrere Minuten Zeit läßt, um in die Unterkünfte zu gelangen. Von anderen großen und mittleren Städten führen unterirdische Tunnel bis aufs Land, um auf diese Weise die Bevölkerung schnell evakuieren zu können (Times 9.11.). Auch die Sowjetunion hat ihr Nuklearpotential an der sowjetisch-chinesischen Grenze verstärkt. Fünf neue Lagerdepots für taktische Nuklearwaffen sind neu eingerichtet worden, so daß die Zahl solcher Depots mittlerweile auf 19 angestiegen ist. Wie weit US-Beamte solcher Nachrichten allerdings bewußt herauskehren, um die Spaltung zwischen Peking und Moskau zu vertiefen, bleibt dahingestellt.

(12) VRCh protestiert gegen Atomversuche der UdSSR

Die VRCh hat sich schärfstens gegen einen am 2. November durchgeführten unterirdischen Atomversuch der Sowjets verwahrt, der von der amerikanischen Atomenergie-Kommission gemeldet worden war. Peking stellt das sowjetische Bemühen in der UNO um nukleare Abrüstung und einen nuklearen Teststopp als doppelzünftig hin, da die UdSSR im Durchschnitt in diesem Jahr monatlich einen unterirdischen Atomversuch unternommen habe (NCNA 6.11.).

(13) Lin-Piao-Kampagne mit Antisowjetismus verknüpft

In die Kampagne gegen "Betrüger wie Liu Shao-ch'i" (Lin Piao) hat die "Rote Fahne" einen neuen verschärften antisowjetischen Ton eingeführt. Auf der Grundlage

des intensivierten Studiums marxistischer Werke, besonders der Lenin-Schrift "Materialismus und Empirio-kritizismus" (C.a. August 72 S.26-29) wird eine Parallele zwischen den Ansichten der "anderen politischen Schwindler" und den idealistischen Theorien des Mach-Anhängers Bogdanov gezogen, die Lenin in diesem Buch bekämpft (NCNA 3.11., HCh 10, 72, S.29). Zur Durchsetzung ihrer revisionistischen politischen Linie haben alle Opportunisten - von Bogdanov in Rußland bis zu politischen Betrügern wie Liu Shao-ch'i in China - den Materialismus immer wütend bekämpft. Solche Leute, formuliert die Zeitschrift, legen kein Gewicht auf das Studium der revolutionären Theorie. Sie sind von einem engen prinzipienlosen "Praktizismus", - wahrhaft "hirnlose Männer der Praxis" ohne Zukunft.

Nordamerika

USA

(14) VRCh zum Wahlsieg Nixons

In einem Artikel von 390 Schriftzeichen gab JMJP vom 9.11. einen Überblick über das amerikanische Wahlergebnis sowie eine kurze Erklärung zum amerikanischen Präsidentschafts-Wahlsystem.

Diese Praxis stand in krassem Gegensatz zu früheren Berichten über den amerikanischen Wahlkampf, bei dem der ganze Vorgang als Farce abgetan wurde.

Der Bericht erschien nicht nur in der Volkszeitung, die ja eine Auflage zwischen 3 und 4 Mio. Stück hat, sondern darüber hinaus auch in der Lokalpresse sowohl Pekings als auch anderer größerer Städte. Über die unterschiedlichen politischen Auffassungen des Senators McGovern und Nixons zu Fragen wie Vietnam oder die Anerkennung Chinas wurde allerdings nichts mitgeteilt.

Chou En-lai äußerte sich in einem Interview mit skandinavischen Journalisten positiv zur Wiederwahl Präsident Nixons. Diese Wiederwahl sei eine gute Nachricht, "weil Nixon eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China gespielt hat". Nun solle Nixon aber nicht länger zögern, den Vietnamkrieg endlich zu Ende zu bringen (IHT 13.11.).

(15) Weitere Lockerungen im Verkehr USA - China

Am 22. November hat Präsident Nixon die Bestimmungen für den See- und Luftverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und der VRCh weiter gelockert. Amerikanische Schiffe dürfen von nun an, sofern Peking hierzu die Erlaubnis erteilt, ohne weitere Einschränkungen chinesische Häfen anlaufen. Im Luftverkehr fällt das bisherige Anflugverbot ebenfalls fort, doch bedürfen amerikanische Gesellschaften einer gültigen Lizenz des Handelsministeriums nach Maßgabe der Bestimmungen der Exportkontrolle.

Dies sind weitere Schritte zum Abbau der seit Jahrzehnten bestehenden Restriktionen zwischen Washington und Peking (CSM 24.11.).

(16) Posthumes Snow-Buch

Ein Bericht Edgar Snows über seine letzten Kontakte mit den Chinesen ist unter dem Titel "The Long Revolution" erschienen. Es enthält im vollen Text die Interviews des Journalisten mit Mao Tse-tung und Chou En-lai aus dem Jahre 1965 und 1970. In den zwei Jahre zurückliegenden Interviews, die auszugsweise in der amerikanischen Illustrierten "Life" im April 1971 erschienen waren, werden erneut die Gründe der chinesischen Führung für den Besuch Nixons

nach China dargelegt. Snow stellt u.a. heraus, daß der frühere Generalstabschef Lo Jui-ch'ing 1965 eine Intervention der chinesischen VBA im Vietnamkrieg befürwortet, Mao Tse-tung aber sich dagegen ausgesprochen habe. An Liu Shao-ch'i hat, so Snow, Mao Tse-tung in erster Linie kritisiert, daß er für eine Beilegung des Konflikts zwischen Peking und Moskau eingetreten sei. Für Chinas neue Amerika-Politik ist Mao Tse-tungs Erkenntnis maßgebend gewesen, Präsident Nixon werde tatsächlich den Rückzug aus Vietnam einleiten. Über den Präsidenten soll der chinesische Parteichef geäußert haben, er ziehe Leute wie Nixon den Sozialdemokraten und Revisionisten vor; Nixon bediene sich vielleicht Betrugsmethoden, aber möglicherweise etwas weniger als mancher andere (IHT 21.10.).

Lateinamerika

ARGENTINIEN

(17) Peron nach China ?

Der ehemalige argentinische Staatspräsident, Juan Perón, der nach 17 Jahren Exil Mitte November nach Argentinien zurückgekommen ist, hat angekündigt, daß er neben einigen südamerikanischen Ländern auch Rumänien und die VRCh besuchen wolle. Welche Gründe ihn zu einem solchen Plan bewogen haben mögen? Cuba und Chile sind Perón, wie er betonte, zu weit "links". Seinen Grundsätzen am nächsten komme noch Peru (Die Welt, 17.11.). China hat in den Augen Peróns wohl kaum Modellfunktion für Argentinien. Es dürfte vor allem darum gehen, den Mythos Perón auf internationaler Ebene aufzuwerten. Peking gibt hierfür einen idealen Hintergrund ab. Sollte Peron das Präsidentenamt in Argentinien übernehmen, und sollte er außerdem an seiner Absicht festhalten, alles zu tun, um die Wirtschaft des Landes vom ausländischen Imperialismus zu befreien, so könnte er der Unterstützung Pekings sogar sicher sein.

JAMAICA

(18) Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der VRCh Am 21. November nahmen die VRCh und Jamaica diplomatische Beziehungen auf. Im Kommuniqué heißt es, daß Jamaica "die Regierung der VRCh als einzige legale Regierung Chinas ansehe" (NCNA 23.11.). Im lateinamerikanischen Bereich ist Jamaica nach Cuba, Chile, Peru, Mexico, Argentinien und Guyana das siebte Land, das nunmehr offizielle Beziehungen mit Peking unterhält.

Afrika

(19) Ausbau der "Vertikal-Allianz" in Afrika

Ein neuralgischer Punkt im Ausbau der chinesischen "Vertikal-Allianz" in Ostafrika, die von Ägypten über den Sudan bis nach Tansania in den Süden hinabreicht, ist der Golf von Aden am Ausgang des Roten Meeres. Die VRCh hat seit 1970 besonders in Somalia ihre Präsenz durch ein Darlehen von 110 Mio. US-Dollar (1971) verstärkt, das für den Ausbau der strategisch wichtigen Nord-Süd-Straße von Burao nach Belet verwendet wird. In den sechziger Jahren war hier der russische Einfluß vorherrschend: Die gesamte militärische Ausrüstung der 15000 Mann starken Somali-Armee entstammte dem

sowjetischen Waffenarsenal. Außerdem hatten die Russen 1969 den Hafen von Berbera am Golf von Aden und den Hafen Bur Gavo in der Nähe der Grenze von Kenia ausgebaut (Times 2.11.). Die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten in Osteuropa haben daher ihre Propagandakampagne gegen Chinas Aktivität in Afrika allgemein und am Westsaum des Indischen Ozeans besonders verstärkt (MD 3.10.).

Eine chinesische Freundschaftsdelegation wurde am 15.10. in Aden von dem Vorsitzenden des Präsidiumsrates empfangen. Im Sudan haben die Chinesen die Vorbereitungsarbeiten für den Bau einer Straße von Uad Madani nach Kadaref abgeschlossen; die Arbeiten selbst begannen im Januar 1973 (Radio Omdurman 20.10., MD). 2,1 Mio. Pfund sind für das Projekt veranschlagt; der sudanesischen Beitrag beträgt 100000 Pfund.

(20) Aufkeimende Zurückhaltung in Tansania

In Tansania sind mittlerweile erste Anzeichen einer gewissen Zurückhaltung gegenüber der weiterhin freigebig fließenden Hilfe aus China zu bemerken. Außenminister Malecala hatte bereits während seines Besuches in China im September weitere chinesische Hilfe bis zur Beendigung der Tanzam-Eisenbahnlinie 1976 abgelehnt. Präsident Nyerere bezog sich darauf, daß China kein reiches Land sei, die Eisenbahnlinie die abgestellten Kräfte der VRCh voll beanspruche und dazu noch andere Projekte in Tansania mit chinesischer Hilfe durchgeführt würden. "Deshalb denke ich wirklich, wir müssen erst zusehen, bis die Eisenbahn aus dem Wege ist, bevor wir irgendetwas anderes mit China diskutieren" (Times 18.10.). Tansania möchte sichtlich nicht zu sehr von der Volksrepublik abhängig werden und sieht sich nach zusätzlicher Hilfe von anderer Seite um. Finanzielle Unterstützung erhält das Land bereits von Kanada, Westdeutschland und den skandinavischen Ländern. An der Tanzam-Eisenbahnlinie sind heute allein 20000 Ingenieure der chinesischen Armee beschäftigt. Chinesische Instruktoren, besonders der Infanterie und der Panzerstreitkräfte, arbeiten seit dem Abzug der kanadischen Ausbilder 1970 in Tansanias Kasernen. Die von Nyerere geförderten Ujamaa-Genossenschaften werden von den Chinesen als Beweis für kollektive Leistungsfähigkeit und als Parallele zum chinesischen Kommune-System unterstützt.

(21) Chinesische Fortschritte in Westafrika

Im zweiten Zentrum chinesischer Aktivität, Westafrika, haben sich die Beziehungen zu Nigeria intensiviert. Der Boden war durch eine am 12. Oktober eröffnete chinesische Wirtschafts- und Handelsausstellung vorbereitet, auf der chinesische Landwirtschaftsprodukte, technisches Gerät und Bewässerungsmodelle gezeigt wurden (NCNA 31.10.). Anfang November traf eine Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Ministers für Außenwirtschaftsbeziehungen Fang Yi in Nigeria ein. Ein am 3.11. unterzeichnetes Handelsabkommen enthält Vereinbarungen über die gemeinsame Durchführung von Entwicklungsprojekten und den Austausch von Experten in den nächsten fünf Jahren. Von nigerianischer Seite wird betont, daß China durch Käufe von Erdöl- und Erzvorkommen das große Ungleichgewicht in der Handelsbilanz zwischen beiden Ländern ausgleichen müsse, bevor das Handelsvolumen beträchtlich erhöht werden könne (Radio Lagos 3.11., MD). Mehrere westafrikanische Staaten greifen heute die Grundvorstellungen Chinas vom "Vertrauen in die eigenen Kräfte" auf, so die Presse in Ghana (Radio Accra 2.10., MD) und nigerianische Politiker. Sie betrachten die VRCh als führendes Land unter den Entwicklungsländern der Dritten Welt. Bei dem industriellen Entwicklungsprozeß wie bei der Schaffung eines "sinnvollen nationalen Bewusstseins" könne man von Chinas Erfahrungen lernen (Radio Lagos 3.11., MD).

Sierra Leone hat am 7.11. von der chinesischen Regierung eine Lieferung von Traktoren, LKWs, Insektenvernichtungsmitteln und Düngemitteln erhalten (Radio Freetown 7.11. MD), nachdem der chinesische Botschafter dem Erziehungsministerium schon im Vormonat eine Buchspende von mehreren hundert Bänden überreicht hatte.

MADAGASKAR

(22) Diplomatische Beziehungen mit der VRCh

Seit dem 6. November haben die Republik Malagasy und die VRCh diplomatische Beziehungen aufgenommen. Dies geht aus einem Kommuniqué hervor, das der Außenminister Madagaskars Ratsiraka in Peking unterzeichnete. Bis zum Frühjahr hatte die Inselrepublik Beziehungen zu Taiwan (NCNA 6.11.).

ZAIRE

(23) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VRCh

Die Republik Zaire (Kongo-Kinshasa) und die VRCh haben am 24. November diplomatische Beziehungen aufgenommen (NCNA 25.11.). Gleichzeitig brach Zaire seine Beziehungen mit Taiwan ab. Im Gemeinsamen Kommuniqué läßt sich aber nur eine Andeutung der Taiwan-Formel erkennen, nämlich eine allgemeine Erklärung über die gegenseitige Respektierung der "Souveränität und territorialen Integrität" (zu den drei verschiedenen Taiwan-Formeln vgl. C.a. Okt. 72, S.14).

Asien

INDIEN

(24) Tibet als integrierender Bestandteil der VRCh anerkannt

Ganz im Geiste des indisch-chinesischen Vertrags über den Durchgangsverkehr in Tibet von 1954 erklärte vor kurzem der indische Außenminister Swaran Singh, daß Indien auch heute noch davon ausgehe, daß Tibet ein integrierender Bestandteil der VRCh sei. Jegliche Unterstützung einer tibetischen Exilregierung, wie sie Indien von China in grundloser Weise vorgeworfen werde, gelte auch in Neu-Delhi als Eingriff in die inneren Angelegenheiten der VRCh (Le Monde 18.11.).

Dieses weitere Zugeständnis dürfte wieder ein kleiner Schritt auf dem Langen Marsch zu einer Wiederversöhnung zwischen Neu-Delhi und Peking sein.

INDONESIEN

(25) Unfreundliches Verhalten der Chinesen

Kurz vor Antritt seines Staatsbesuches in Frankreich gab Staatschef Suharto ein Interview und betonte dabei erneut, daß die Beziehungen Djakartas mit Peking sich so verschlechtert hätten, weil die Chinesen an dem Umsturzversuch vom 30. September 1965 beteiligt gewesen seien. Auch das Verhalten der Chinesen in den letzten Jahren sei nicht gerade freundlich gewesen und werde als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Indonesiens betrachtet. Kürzlich habe China erklärt, daß es sich an die "fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" von Bandung halten werde. "Falls China dies wirklich ehrlich meint, will Indonesien gern eine Verbesserung seiner Beziehungen ins Auge fassen" (Le Monde 10.11.).

Anfang November wurde jedoch nach einer Verlautbarung des indonesischen Verteidigungsministeriums ein Spionagenetz in mehreren Regionen Javas aufgedeckt, das mit chinesischen Mitteln finanziert war (Le Monde 19.11.). (Näheres zum Verhältnis zwischen Peking und Djakarta vgl. C.a. Juli 72 S.4; August S.5; September S.5).

JAPAN

(26) Regelung der nichtstaatlichen Beziehungen

Am 28. November hat der taiwanische Botschafter P'eng Meng-chi Japan verlassen. Der japanische Botschafter Atsushi Uyama kehrte am 30.11. nach Tokyo zurück. Damit sind die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Staaten beendet. Die weiteren Beziehungen werden durch private Büros geregelt werden. Japan wird eines in Taipei und eines in Kaohsiung unterhalten. Taiwan wird Büros in Tokyo und Osaka haben. Paßangelegenheiten für Japaner werden von der taiwanischen Botschaft in Seoul, solche für Taiwan-Chinesen vom japanischen Generalkonsulat in Hong Kong geregelt. Handelsangelegenheiten werden durch das taiwanische Yuan Tung Trade Center in Tokyo bzw. durch die Japan-Taiwan Interchange Association Taipei erledigt werden (SWB 25.11.).

Wie der japanische Außenminister Masayoshi Ohira am 6.11. mitteilte, hat die Regierung in Peking zu dieser Regelung keine Stellung genommen, was von den Japanern als stillschweigende Zustimmung gedeutet wird (SWB 7.11.).

KOREA

(27) Zur koreanischen Wiedervereinigung

Pekings Interesse an der koreanischen Wiedervereinigung ist offensichtlich und von Huang Hua auf der 27. UN-Vollversammlung unterstrichen worden (PRu 39, 3.10., S.17-19). Chinas nun auch in der Deutschlandfrage spürbare Unterstützung für die Nationenvereinigung wird im Falle Koreas durch das Bemühen um Ausschaltung der "ausländischen Streitkräfte, die unter der Flagge der UNO segeln" umschrieben. Ein Abbau der Spannungen zwischen den beiden koreanischen Staaten kann auch den sowjetischen Einfluß auf Nordkorea spürbar verringern. Pekings Einsatz für die Wiedervereinigung bedeutet im übrigen keineswegs eine Aufweichung seines Standpunktes gegenüber dem Park-Regime. Die VRCh hat die Ausrufung des Kriegsrechtes als "unerhörten Akt der Willkür" in einer Atmosphäre des Terrors bezeichnet und sich über die Angst der südkoreanischen Herrschaft vor der südkoreanischen Bevölkerung ausgelassen (PRu 43, 31.10. S.23).

(28) Gegen die UNO-Kommission

Schon mehrfach hat die VRCh die "UNO-Kommission für die Vereinigung und Wiederherstellung Koreas" angegriffen. Inzwischen liegt auch eine nähere Begründung der chinesischen Ansichten zu dieser Organisation vor: Die Kommission sei nichts anderes als ein "Aggressionswerkzeug der amerikanischen Imperialisten, die die UNO als Aushängeschild benutzen und versuchten, die Wiedervereinigung von Korea zu verhindern und Südkorea auch weiterhin zu okkupieren". Am 7. Oktober 1970 habe die UNO-Vollversammlung, verführt von amerikanischen Abstimmungsmanipulationen, die VR Korea zum Aggressor gestempelt und beschlossen, einen aus sieben Mitgliedstaaten bestehenden "UNO-Ausschuss für die Vereinigung und die Wiederherstellung Koreas" zu bilden. Seit über 20 Jahren residiere diese "berichtigte Organisation" nun in Südkorea, sammelte politische, wirtschaftliche und militärische Informationen und verfasse jeweils einen Jahresbericht, der voll von Verunglimpfungen gegen die DVR Korea sei. Die DVR Korea habe deshalb schon am

12. September demonstrativ gefordert, daß dieses Aggressionswerkzeug abgeschafft werde. China schließt sich dieser Auffassung an (PRu 1972 Nr.39 S.19).

THAILAND

(29) Straße von Yünnan nach Nordost-Thailand

Ein Ereignis, das den thailändischen Behörden, vor allem dem "Communist Suppression Operations Command" zunehmend Kopfzerbrechen bereitet, ist der langsame, aber stetige Ausbau der Straße von der chinesischen Provinz Yünnan durch Nord-Laos nach Nordost-Thailand. Die Straße wurde inzwischen auf etwa 30 km bis an den Mekong herangeführt, der die Grenze zwischen Laos und Thailand bildet. Bei dieser Straße handelt es sich um eine Allwetterbahn, die 1962 aufgrund eines Abkommens zwischen China und Laos begonnen wurde und die auch weiter vorangetrieben wurde, nachdem das Gebiet, in dem sich die Straße auf laotischem Boden einfüßt, längst in die Hand des Pathet Lao gefallen war. Die königliche Regierung, die sich ursprünglich auf dieses Projekt eingelassen hatte, suchte die Fortsetzung des Projekts zu verhindern und ließ die Straße im Januar 1970 sogar durch ihre Luftwaffe bombardieren - vergeblich! Seit dieser Zeit wurde die Straße von den schätzungsweise 20 000 chinesischen Pionieren zu einem der "bestverteidigten Areale der Welt" ausgebaut, wie es in einem Bericht an den US-Senat heißt. Wie Satellitenaufnahmen zeigen, haben die Chinesen entlang der Straße nicht weniger als 154 Militärlager und 66 Basketballplätze errichtet. Vor allem aber sind zahllose Flak-Einheiten in Stellung gegangen. Wie effektiv die Luftverteidigung ist, bekamen die Amerikaner bereits zu spüren, als im letzten Dezember ein Flugzeug der Air America C-123, das Luftaufnahmen machen sollte, abgeschossen wurde. Trotzdem haben amerikanische Flugzeuge, für die das Gebiet eigentlich tabu ist, "versehentlich", wie es heißt, chinesische Positionen angegriffen, mußten aber bei heftigem Flakfeuer immer wieder abdrehen. In Bangkok macht man sich keine Illusionen; man kennt die Unsicherheit und Anfälligkeit der nordöstlichen Regionen; man erinnert sich noch deutlich an die Andeutungen Chou En-lais gegenüber den thailändischen Repräsentanten beim Ping-Pong-Festival von Anfang Oktober, daß China sich zwar nicht in Angelegenheiten anderer Länder einmischen wolle, wohl aber verpflichtet sei, den unterdrückten Volksmassen bei ihrem Freiheitskampf zu helfen. Man ist sich im klaren, daß die Straße während der kommenden Trokensaison wahrscheinlich bis zum Mekong fertiggestellt sein wird (FEER 14.10., S.25 f.).

Außenpolitik-Taiwan

(30) Armee erstrebt weiterhin Rückeroberung des Festlands

Verteidigungsminister Ch'en Ta-ching erklärte am 1. November, die nationalchinesischen Streitkräfte hätten geeignete Vorbereitungen zum Schutze der Meerenge von Taiwan getroffen. Auch die Wiedervereinigungsformel wurde von ihm wiederholt: "Wir können jede kommunistische Intrige eines ideologischen Kampfes und einer politischen Infiltration zerschlagen. Sollte es auf dem chinesischen Festland einen bewaffneten Aufstand gegen die Kommunisten geben, so könnte die Republik China über die Meerenge von Taiwan zu Hilfe eilen. Die Republik China wird ihre

Streitkräfte weiterhin nach dem Konzept eines Elite-Korps ausbilden. Unser endgültiges Ziel ist die Wiedererlangung des chinesischen Festlands" (MD Asien, 16.11. S.3).

(31) Volkschinesische Strategie gegenüber Taiwan

Henry S. Hayward (CSM 11.11.) berichtet über Pekings neue Politik gegenüber Taiwan: Es gehe nicht mehr darum, Taiwan militärisch zu erobern und auch nicht darum, die Inselbevölkerung "friedlich zu befreien", indem man die Parole "Kommt heim, alles ist vergeben" benutze. Solche Rufe hätten bisher in Taiwan wenig Echo ausgelöst, wie man in Peking ja überhaupt die Einstellung der taiwanesischen Bevölkerung mißverstanden habe. Vor allem die taiwanische Bevölkerung selbst, die ja nun schon seit nahezu einem Vierteljahrhundert unter festländischer Kontrolle steht, zeige kein Interesse, mit einem neuen Festlandsexperiment zu beginnen.

Die neue Strategie Pekings bestehe deshalb nunmehr darin, "Taiwan aufzuweichen", indem man versuche, Taiwan von seinen besten Verbündeten zu isolieren. Adressaten dieser Isolationsstrategie seien freilich nicht nur andere Länder, sondern auch besuchswillige Bewohner der Insel. Einladungen aus Peking würden schon heute durch Bewohner Taiwans angenommen, die hierfür den Umweg über Hong Kong oder Japan wählten. Doch seien solche Besuche z.Zt. noch große Ausnahmen und würden in Taiwan selbst mit Sanktionen belegt.

(32) Agrar-Experten aus Togo verwiesen

Taiwan hat bisher versucht, sich mit technischer Hilfe auf dem afrikanischen Kontinent zu halten (C.a. September 72 S.8). Im Falle Togos, das diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik am 26. September aufgenommen hat, ist eine solche Zwischenlösung nicht gelungen. Alle von Taiwan in Togo eingesetzten Agrar-Experten müssen das Land verlassen (Radio Lagos 18.10., MD).

Internationale Organisationen und Konferenzen

(33) China in der Abrüstungsdebatte

a. Die Erste Kommission der UNO-Vollversammlung "Politik und Sicherheit" hat am 21. November eine Resolution über chemische, bakteriologische und biologische Waffen angenommen. Die Delegierten Chinas und Frankreichs enthielten sich der Stimme. Nach der Abstimmung legte der Berater der chinesischen Delegation, Lin Feng, auf der Sitzung den chinesischen Standpunkt nochmals dar. Er bezeichnete die Konvention über das Verbot der probeweisen Herstellung, Produktion und Speicherung von bakteriologischen und biologischen Waffen und Giften, sowie über deren Vernichtung als "Produkt des langwierigen Kuhhandels der beiden Supermächte hinter den Kulissen und ihr neues Betrugsmanöver der Scheinabrüstung". Gegen die Konvention wandte er ein, daß in ihr kein einziges Wort vom Verbot der "Anwendung" der Waffen gesagt sei. Auch das Verbot der Waffen sei zunächst nur auf die biologischen Waffen beschränkt. Die chemischen Waffen habe man nicht in den Vertrag eingeschlossen. Ferner brachte der Vertreter Pekings seine Empörung darüber zum Ausdruck, daß auch Taipei den Vertrag unterzeichnet habe.

b. Außerdem wurden die Debatten der UNO-Vollversammlung über den sowjetischen Antrag zur "Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und das Verbot der Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten" am 15. November abgeschlossen. In dieser Debatte hatte Ch'iao Kuan-hua den sowjetischen Vorschlag über den sog. Gewaltverzicht bei den internationalen Beziehungen "als offenen Betrug entlarvt". Die Sowjets hätten sich in den letzten Jahren wie "Oberlehnsherren" in der ganzen Welt aufgeführt und kämen nun wie "wohlwollende Gnadengötter" mit ernsthaften moralischen Ermahnungen. 1968 hätten sie Hunderttausende von Soldaten und Panzern zur Invasion in die Tschechoslowakei entsandt. Gleich darauf seien sie (1969) mit einem Vorschlag zur Stärkung des internationalen Friedens hervorgetreten. 1971 habe die Sowjetunion sich schamlos an der bewaffneten Aggression gegen Pakistan beteiligt und habe dann gleich im nächsten Jahr erneut einen Vorschlag über den sog. Gewaltverzicht präsentiert. Warum ziehe denn die Sowjetunion nicht ihre Truppen aus der Mongolischen Volksrepublik ab und schleife ihre dort errichteten Stützpunkte, statt unverfroren leere Worte über den Gewaltverzicht zu äußern? (NCNA 14.11.)

Es war das erste Mal, daß China vor der UNO die Mongolische Volksrepublik erwähnte. Der mongolische Botschafter führte später aus, daß sein Land niemals unter einem Angriff der Sowjetunion gelitten habe, und verwahrte sich gegen die Forderung auf Rückzug der sowjetischen Truppen (IHT 15.11.).

(34) China in der "Terrorismuse debatte"

Der Vertreter der VRCh hat während der 27. UNO-Vollversammlung im Sechsten (Rechts-) Ausschuß, der vom 9. - 22.11. über die Frage des "internationalen Terrorismus" debattierte, beantragt, das Thema "Terrorismus" nicht auf die Tagesordnung zu setzen. "CHINA aktuell" hat darüber bereits berichtet (Ca., Oktober 72 S.5). Hier noch einmal der Wortlaut der chinesischen Erklärung: "Wir sind seit jeher gegen abenteuerliche terroristische Aktionen, die von Einzelpersonen oder wenigen, von den Massen isolierten Menschen durchgeführt werden; denn sie schaden der nationalen Befreiung und der Volksrevolution. Aber es muß nachdrücklich festgestellt werden: Wenn über Gewalttätigkeit gesprochen wird, muß zuerst der Unterschied zwischen der militärischen Aggression und gewaltsamen Unterdrückung durch die Aggressoren und Unterdrücker einerseits und dem Widerstandskampf der Opfer der Aggression und Unterdrückung andererseits gemacht werden. Diese beiden Arten der Gewalt sind ihrem Charakter nach ganz verschieden. Wo es Aggression und Unterdrückung gibt, da gibt es Widerstand und Kampf. Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus und israelischer Zionismus sind die Hauptschuldigen für den Terrorismus und die reaktionäre Gewalt in der Welt von heute. Der Kampf der angegriffenen und unterdrückten Nationen und Völker, die gezwungenermaßen zu den Waffen greifen und mit revolutionärer Gewalt Widerstand gegen die konterrevolutionäre Gewalt leisten, ist völlig gerecht. Der Diskussionsgegenstand macht keinen Unterschied zwischen den Aggressoren und Unterdrückern einerseits und den Angegriffenen und Unterdrückten andererseits und spricht nur in allgemeinen Worten über die Verhütung von Terrorismus und Gewalttätigkeit. (Diese Ungenauigkeit könnte von den Imperialisten u.a. ausgenutzt werden)". (PRU 1972 Nr.40, S.28 f.). (Darüber hinaus ist der chinesische Delegierte Pi Chi-

lung der Ansicht, daß die Behandlung solcher Probleme grundsätzlich in den Rahmen der souveränen Rechte des Landes fallen soll, in dem sich der Zwischenfall ereignet hat).

Es ist interessant, daß die modernere Friedensforschung und die chinesische Auffassung sich hier begegnen. Die Friedensforschung unterscheidet zwischen physischer Gewalt und struktureller Gewalt. Physische Gewalt reicht hierbei von einfachen Gewaltsamkeiten bis zum Atomschlag. Mit struktureller Gewalt andererseits sind ungerechte Gesellschaftsordnungen gemeint. Gegen die strukturelle Gewalt gibt es eine dreifache Lösungsstrategie (erste Phase: Hebung des Bewußtseins, d.h. Aufdeckung von Widersprüchen; zweite Phase: Polarisierung, d.h. Klassenkampf, und dritte Phase: Forderung nach strukturellen Veränderungen, also Revolution). Solche Betrachtungen der Friedensforscher laufen darauf hinaus, daß Frieden letzten Endes nur durch Gewalt gegen strukturelle Ungerechtigkeiten erreicht werden kann, eine prima facie paradoxe Forderung, die sich freilich weitgehend mit den chinesischen Vorstellungen deckt (Näheres hierzu "Kritische Friedensforschung" herausgegeben v. Dieter Senghaas, Ed. Suhrkamp 478, insbes. S.254-265).

(35) Chinas Stellungnahme zur Europäischen Sicherheitskonferenz

Rekings Stellungnahme zur Europäischen Sicherheitskonferenz ist in den letzten Wochen am deutlichsten in der Rede Ch'iao Kuan-huas vor der UNO-Vollversammlung zum Ausdruck gekommen. Wegen der Wichtigkeit dieser Frage sei hier der ganze Abschnitt wörtlich zitiert:

"Wir sind der Ansicht: Um den Frieden und die Sicherheit in Europa wirklich gewährleisten zu können, muß man entschlossen gegen Aggression, Intervention, Subversion und Kontrolle durch die Supermächte kämpfen, die Militärböcke auflösen, die ausländischen Truppen abziehen und auf der Grundlage der Achtung von Unabhängigkeit und Souveränität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens die friedliche Koexistenz der europäischen Länder verwirklichen. Andernfalls kann die sogenannte Europäische Sicherheitskonferenz nur eine neue Bezeichnung für die Abgrenzung von Einflusssphären zwischen den beiden Supermächten und der Ausnutzung der Militärböcke sein. Eine solche Konferenz würde anstatt "Europäische Sicherheitskonferenz" dann besser "Europäische Unsicherheitskonferenz" heißen. Immer mehr Länder fordern, daß sich alle europäischen Länder gleichberechtigt an der Europäischen Sicherheitskonferenz und mit dem gleichen Recht an deren Vorbereitung beteiligen sollten. Sie treten gegen die Konferenz als eine Angelegenheit der zwei Blöcke auf. Ganz speziell bekämpfen sie, daß die zwei Großmächte hinter dem Rücken der anderen Länder alles monopolisieren und über das Schicksal der europäischen Völker entscheiden. Das ist eine Widerspiegelung der tiefsten Wünsche der europäischen Völker. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen die Völker der europäischen Länder entschieden in ihren Bemühungen gegen die Machtpolitik und gegen das Hegemoniestreben der Supermächte" (PRU 72 Nr.41, S.8).

(36) China unterstützt das Mekong-Projekt

Wie der Exekutivsekretär der UNO-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) in Bangkok vor Vertretern des Mekong-Komitees, dem die vier Länder Thailand, Laos, Vietnam und Kambodscha angehören, mitteilte, hat China sich zur Unterstützung des Mekong-Projektes bereiterklärt. Angesichts der chinesisch-japanischen Annäherung und der Friedensaussichten für Indochina will das Mekong-Komitee die

Bildung einer erweiterten "Mekong Community" unter Einschluß Chinas ins Auge fassen (BfA/NfA 21.11.72). Beim Mekong-Projekt handelt es sich um ein Vielzahlprogramm, das sowohl der Bewässerung als auch der Überschwemmungskontrolle und der Erzeugung von Elektrizität dienen soll. U.a. geht es darum, Staudämme und Deiche zu bauen, den Flußlauf des Mekong für Schifffahrtzwecke zu vertiefen, Bewässerungskanäle für den Reisanbau anzulegen, Industriezentren zu schaffen und für eine elektrische Infrastruktur zu sorgen.

Wenn auch vorläufig nicht mit beträchtlicher materieller Hilfe Chinas zu rechnen ist, so dürfte sich doch ein freundschaftlicher und gesunder Wettbewerb zwischen China und Japan bei der Unterstützung des Mekong-Projekts anbahnen. Vor allem, wenn der Indochinakrieg demnächst zu Ende geht, müßten die längst auf dem Tisch liegenden Pläne endlich in größerem Umfang Gestalt annehmen.

(37) Theorie der Zwischenzonen

In "Hung-ch'i" Nr.11 taucht nach langer Zeit die erstmals 1964 von Mao Tse-tung verkündete Zwischenzonen-theorie wieder auf: "Auf der Weltkarte liegen zwischen den sozialistischen Staaten und den beiden Supermächten - amerikanischer Imperialismus und Sowjetrevisionismus - zwei große Zwischenzonen: Die eine wird von den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die andere von den kapitalistischen Staaten des Ostens und Westens gebildet. Die erste Zone nimmt 63 % des Festlandes der Welt ein, umfaßt drei Viertel der Weltbevölkerung und ist an Naturschätzen unermesslich reich. Darum bildet sie naturnotwendig das Streitobjekt im Kampfe der beiden Supermächte um die Welthegemonie". Die Länder der Ersten Zwischenzone seien Opfer der Kontrolle, Ausplünderung und Demütigung durch die beiden Supermächte. Deshalb komme es dort zu besonders machtvollen Befreiungsbewegungen. Auch die Widersprüche zwischen den Ländern der Zweiten Zone und den beiden Supermächten seien nicht zu unterschätzen. Es komme daher darauf an, die beiden Zonen im Kampf gegen die Supermächte zusammenzuschließen. China sei als Entwicklungsland ein Teil der Dritten Welt und habe viele Probleme mit anderen unterdrückten Nationen und Völkern dieses Bereiches gemeinsam.

INNENPOLITIK

(38) Sun Yat-sen, 100. Geburtstag

Zum einhundertsten Geburtstag von Dr. Sun Yat-sen, dem Vater der chinesischen Revolution, wurde am Sonntag, dem 12. November, in Peking, Nanking, Shanghai und Canton Gedächtnisfeiern veranstaltet. Das ZK des Revolutionären Komitees der Kuomintang, von dem man glaubte, daß es zu Beginn der Kulturrevolution zerschlagen worden sei, veranstaltete in der Gedenkhalle des Sun Yat-sen-Parks von Peking eine Gedenkfeier. Auch in dem von der ehemaligen Nationalregierung errichteten Riesenmausoleum in Nanking fand eine Gedenkfeier des Revolutionskomitees der Provinz Kiangsu statt, ebenso in Shanghai (NCNA 13.11.). Sun Yat-sen, der Gründer der KMT, auf dessen Initiative es nach 1924 zu einer Zusammenarbeit mit der damals noch jungen KPCh gekommen war, ist eine der wenigen Persönlichkeiten, die von beiden chinesischen Regimes geehrt werden. In seinem Werk "Die Neue Demokratie" hat Mao Tse-tung die Revolution Suns als "bürgerlich-demokratische Revolution definiert (Ausgewählte Werke II S.

282, 412), Unter Sun war also die erste Stufe der Revolution, unter Mao die zweite durchgeführt worden.

Chiang Kai-shek andererseits führt einen Gutteil seiner Führungslegitimation auf die enge Verbindung zum "Landesvater" Sun Yat-sen zurück, dessen Persönlichkeitskult und dessen "San-Min-Chu-I-Lehre" im Leben der Republik China einen überragenden Stellenwert einnimmt.

(39) Erkrankung des amtierenden Staatspräsidenten ?

Der amtierende Staatspräsident, der 86-jährige Tung Pi-wu, trat am 11. Oktober 1972 zum letzten Male auf. Seine sichtbare Aktivität beschränkte sich seit einigen Jahren im wesentlichen auf die Entgegennahme von Beglaubigungsschreiben neu akkreditierter Botschafter. Diese Funktion hat nach dem letzten Erscheinen Tungs am 11.10.72 Chu Te, der ebenfalls 86-jährige Vorsitzende des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses übernommen: 27.10. Botschafter Kanadas, 7.11. Botschafter der Türkei und Ruandas, 13.11. Botschafter Guineas, 23.11. Botschafter Laos'.

(40) Vier Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes

In einem Grundsatzartikel der Hung-ch'i Nr.8 beschreibt Chi P'ing die "Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes in der sozialistischen Periode". Vier solcher Gesetzmäßigkeiten sind zu nennen, nämlich

- Gesetzmäßigkeit Nr.1: Der Klassenkampf ist unvermeidlich; er ist eine vom Willen des Menschen unabhängige objektive Tatsache und läßt sich nicht vermeiden. Die Klassenfeinde treten von selbst hervor, um die Revolution anzugreifen.
- Gesetzmäßigkeit Nr.2: Der Revisionismus darf nicht als isoliert oder zufällig gesehen werden, sondern hat stets internationalen Hintergrund. Die Reaktionäre in einem sozialistischen Lande nutzen im Bunde mit den Imperialisten die Widersprüche im Volke aus, um Zwietracht zu säen, Unruhe zu stiften und ihre tückischen Pläne zu verwirklichen.
- Gesetzmäßigkeit Nr.3: Was die zeitliche Dimension anbelangt, so gibt es ein Gesetz, daß nach einer Epoche relativer Ruhe "jeweils nach einigen Jahren ein gewaltiger Kampf entbrennt". Nach jeder Niederlage brauchen die Feinde ihre Atempause. Vorbereitungen für erneute Angriffe können sie nur getarnt und heimlich treffen; deshalb hat jede spezifische Etappe zwei Zustände der Bewegung, nämlich den Zustand der relativen Ruhe und den der sichtbaren Veränderung. Der in dieser Etappe entstehende Widerspruch wird im zweiten Stadium gelöst, und eine neue spezifische Etappe beginnt: Der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der sozialistischen Periode geht also wellenförmig vor sich, wobei Sprünge von quantitativen zu qualitativen Veränderungen erfolgen.
- Gesetzmäßigkeit Nr.4: Das Chaos des jeweiligen Klassenkampfes mündet unvermeidlich in eine neue Ordnung ein. Chaos und Ordnung bilden eine Einheit von Gegensätzen. Ohne Chaos kann es keine Ordnung geben. Jedesmal, wenn finstere Kräfte Unruhe stiften und von den revolutionären Volksmassen besiegt werden, erfolgt eine Schwächung der Kräfte der Ausbeuterklasse und aller reaktionären Kräfte, während die Diktatur des Proletariats weiter gefestigt wird. In dieser Aufeinanderfolge von Chaos und Ordnung ist das Proletariat schließlich imstande, seine große historische Mission zu erfüllen und die Bourgeoisie sowie alle anderen Ausbeuterklassen zu vernichten. Der Schlüssel zur Verwandlung von Chaos in Ordnung liegt darin, entschieden die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao durchzuführen, die Führung der Partei zu verstärken und die breiten Massen des Volkes zusammenzuschließen.